

Stellungnahme des Hauptpetenten aus Anlass der Öffentlichen Anhörung der Petition "Einführung einer Finanztransaktionssteuer" im Deutschen Bundestag, 7.2.2011

Die zwei Forderungen der Petition

Die Kampagne "Steuer gegen Armut", für die ich am 6.11.2009 die Petition einreichte, vertritt eine doppelte Forderung:

1. Die Einführung einer möglichst umfassenden Finanztransaktionssteuer (FTS) in Höhe von 0,05%
2. Die Verwendung der eingenommenen Gelder soll erfolgen zu je einem Drittel für die Bekämpfung weltweiter Armut, für den Schutz von Klima und Umwelt sowie die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise bei uns.

Während sich im Bereich unserer ersten Kampagnenforderung bereits einiges lobenswertes getan hat und Peter Wahl hierzu die Erläuterungen geben wird, schlägt uns bei der zweiten Forderung, nämlich der Mittelverwendung, deutlich weniger Sympathie seitens Bundesregierung und Bundestag entgegen. Deshalb möchte ich meine Redezeit nützen, hierfür eine Lanze zu brechen:

Die Forderung nach der Verwendung der Einnahmen für Armutsbekämpfung sowie den Schutz von Klima und Umwelt

Bei der zweiten Kampagnenforderung leiten uns Gedanken der Gerechtigkeit und der globalen Schicksalsgemeinschaft:

Gerechtigkeit: Es ist ungerecht, dass Akteure des internationalen Finanzsektors, also jene, die am meisten von der bisherigen Wirtschaftsordnung profitierten¹, keinen nennenswerten Beitrag zur Minderung der Krisenfolgeschäden, zur Finanzierung der Globalen Gemeinschaftsgüter und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte leisten, während sie selbst schon wieder gut verdienen. Es muss aufhören, dass Gewinne privatisiert werden, aber Verluste oder Risiken zu Lasten der nationalen oder internationalen Gemeinschaft gehen.

Globale Schicksalsgemeinschaft: Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise, soziale Destabilisierung armer Länder, illegale Migration, Terrorismus, Piraterie, die Ausbreitung exotischer Krankheiten und der Klimawandel sind alles Entwicklungen, denen sich kein Land der Erde, und sei es noch so reich und mächtig, entziehen kann.

Aktuelle Beispiele, die die Zusammenhänge sowie die Brisanz der Situation erläutern sollen:

¹ "Those that operate within the global economic architecture receive significant financial benefits. It is therefore appropriate that funding for public goods to support the economic and social stability that underpins the global economy should come from those who benefit most from participation within it. Based on this analysis and its remit, the Committee believes that the international financial system is the most suitable source of revenue to fund global public goods." Leading Group on Innovating Financing for Development: Globalizing Solidarity (2010) The Case for Financial Levies, Task Force Report, S. 13

Der Weltfinanzkrise fielen ca. 30 000 000 Jobs weltweit zum Opfer [IX] ², die Zahl der "extreme working poor", d.h. der Menschen, die von 1,25 US\$/Tag leben müssen, liegt bei 631,9 Millionen [71], 40 Mio. mehr, als es ohne die Krise der Fall wäre [X]. Darüber hinaus gibt es 1193,2 Millionen, die von 2 \$/Tag leben müssen. Wer derart schlechte Jobs hat, kann seine Familie kaum gesund ernähren, was Hunger und Krankheiten zur Folge hat. Wenn aber Milliarden Menschen derart unregelmäßig und schlecht verdienen, nehmen Staaten keine Steuern ein, was sich auf ihre Möglichkeiten auswirkt, in Beschäftigungsinfrastruktur, Bildung, Krankenhäuser und Nahrungsmittelimporte oder -subvention zu investieren. Dies führt zu sozialen Unruhen.³

Und so spricht in diesen Tagen jeder von den Unruhen in der arabischen Welt. Hier wird zunehmend erkannt, dass eher die explodierenden Lebensmittelpreise Auslöser der Unruhen sind als die Sehnsucht der Menschen nach Demokratie und Freiheit. Ein Zitat aus der sicherlich nicht durch alarmistische Meldungen bekannten Financial Times Deutschland, die unter Bezugnahme auf den aktuellen World Food Price Index vom 3.2.2011⁴ berichtet:

"Alarmierender Preisrekord bei Lebensmittel. Die Uno warnt vor dramatischen Folgen für die Entwicklungsländer. Welchen Konfliktstoff die neuen Zahlen bergen, zeigt sich am Beispiel Nordafrika: Ein Auslöser für die Unruhen in Tunesien und Ägypten waren die steigenden Kosten für Grundnahrungsmittel." [3.2.2011]

In der Tat: Die Nahrungsmittelpreise sind auf einem Rekordhoch, seit überhaupt die statistische Erfassung von Lebensmittelpreisen 1990 begann:



Die steigenden Lebensmittelpreise sind dabei zurückzuführen auf reale Knappheit (Wetterextreme, Klimawandel), durch Unsicherheit aufgrund herrschende sozialer Unruhen, aber auch künstliche, durch Spekulation verschärfte Knappheit. Dabei muss bedacht werden,

² Nachfolgende Daten sind aus: Global Employment Trends 2011, International Labour Office (ILO), Genf, 24.1.2011. Nachfolgend im Text die Seitenzahlen aus diesem Report. Internetressource unter http://www.ilo.org/global/publications/ilo-bookstore/order-online/books/WCMS_150440/lang--en/index.htm

³ Vgl. hierzu Oxfam International: The Impact of the Global Economic Crisis on the Budgets of Low- Income Countries, July 2010: "Revenues fell in 60 per cent of LICs in 2009. For almost half of them (46 per cent), revenues will still be below 2008 levels by the end of 2010. Even if the rich world recovers, the crisis will still be wreaking havoc in the poorer countries, due to the time lag in transmission." Internetressource unter <http://www.oxfam.org/en/policy/impact-global-financial-crisis-budgets-low-income-countries>

⁴ <http://www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en/>

dass der Anteil an Lebensmittelausgaben am gesamten Haushaltsbudget in armen Ländern um ein vielfaches höher sind (60-80%) als in reichen Ländern (10-20%). Entsprechend wirkt sich eine Preiserhöhung auf den Weltmärkten auf die Haushalte in armen Ländern wesentlich dramatischer aus. Entsprechend nähert sich die Zahl der hungernden Menschen zum zweiten Mal nach 2008 der Milliardengrenze.⁵

Beim Blicken auf die aktuellen Unruhen ist sodann auffällig, dass nicht nur Studenten das Straßenbild in Tunis, Kairo und Aden prägen, sondern Jugendliche aller sozialen Schichten, die zum Teil extra aus ländlichen Regionen für Demonstrationen in die Städte kommen. Darunter dürfte sich ein hoher Anteil jener finden, die vom ILO als "discouraged youths" bezeichnet werden, d.h. junge Menschen im Alter von 15-24 Jahren, die es bereits aufgegeben haben, aktiv nach Arbeit zu suchen. Wenig überraschend: Ihre Zahl ist mit heute 77,7 Mio. weltweit immer noch um 11,8% höher als vor der Weltfinanzkrise [13].

Wenn die reichen Länder aus den gegenwärtigen Unruhen unzureichende Schlüsse ziehen kann getrost prognostiziert werden, dass es im Afrika südlich der Sahara zu ähnlichen Verwerfungen kommen wird – die Lage dort ist ähnlich brisant.

Heute spürt der Westen die Folgen der Unruhen nur bei der Streichung von Urlaubsflügen ans Rote Meer oder beim Anstieg des Preises für Öl und andere Güter, die durch den Suezkanal transportiert werden müssen. Es kann aber mittelfristig auch zu einem Anstieg von Piraterie, grenzübergreifender Kriminalität oder illegaler Migration kommen.⁶

Im Umgang mit den geschilderten Problemen ist Geld nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nichts. Die FTS ist aus unserer Sicht optimal geeignet, um dringend benötigte Mittel im Bereich der Bekämpfung von Armut und Klimawandel-Folgen sowie der Förderung von Entwicklung bereitzustellen: Berechnungen legen nahe, dass schon eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,01% zweistellige Milliardenbeträge für Deutschland an Einnahmen generieren könnten.⁷ All dies ist umso dringlicher, als das reiche Deutschland auch 40 Jahre nach den Monterrey Beschlüssen immer noch nicht in der Lage ist, auch nur 0,7% seines BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Unterstützung der Kampagnenanliegen in der deutschen Bevölkerung

In diesen beiden Kampagnenforderungen sehen wir uns von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt:

- Die Kampagne umfasst aktuell 72 Organisationen und 16 Einzelpersonen, Tendenz weiter ansteigend. Sie ist ein breites, parteien- und gruppenübergreifendes Bündnis und repräsentiert über die beteiligten Organisationen, etwa kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen, Millionen von Bürgern.

⁵ "In an industrial country, the proportion of expenditure for food in a typical household budget amounts to 10% - 20 %, whereas it is between 60% and 80% in the LDCs (FAO 2008). According to a U.S. Department for Agriculture calculation, a 50% price increase on basic food leads to a mere 6% rise in expenditure for a high income country, but it amounts to 21% for a food importing country of low income (U.S. Department for Agriculture. Economic Research Service. 2008: p. 25)." Aus: Wahl, P. (2008) Food Speculation: The Main Factor behind the Price Bubble in 2008. WEED, Briefing Paper. Internetressource http://www2.weed-online.org/uploads/weed_food_speculation.pdf Dort ebenso zur Rolle von Spekulation für die Höhe von Lebensmittelpreisen. Zur aktuellen Zahl der Hungernden: <http://www.tagesschau.de/ausland/fao118.html>

⁶ Zum Beispiel Somalia siehe Alt, J. (2009) Von Fischern, Flüchtlingen und Piraten. Internetressource unter http://www.joergalt.de/fileadmin/Bildgalerie/Joerg_Alt/Vortraege/2009/Von_Fischern_Fluechtlingen_und_Piraten.pdf

⁷ Vgl. Schulmeister, St., Schratzenstaller, M., Picek, O. (2008) A General Financial Transaction Tax. Motives, Revenues, Feasibility and Effects. Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut, Wien sowie Schulmeister, St. (2010) Implementation of a general financial transaction tax. Chapter 4 of a forthcoming study. Wien, 1.9.2010.

- Die Tatsache, dass unsere Kampagnenforderungen – in Petitionsform gegossen – überraschend schnell 66 000 Unterstützerinnen gefunden haben, belegt, dass auch individuelle Bürger sich mit unseren Anliegen und Argumenten identifizieren.
- Dies gilt auch für das fortgesetzte Engagement vieler Menschen in Internetforen, Facebook-Gruppen und auf Twitter.
- Seit Beginn der deutschen Kampagne kam es auch in anderen Ländern zu vergleichbaren Bewegungen, viele davon mit einer ähnlichen Doppelforderung.
- Repräsentative Umfragen belegen, dass deutsche Bürger ein verstärktes Engagement für Entwicklungsfragen gut finden. Darüber hinaus belegen Umfragen, dass Bürger ein "Weiter so" der wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung ablehnen: Den Selbstheilungskräften des Marktes wird ebenso misstraut wie dem auf bloßes Wachstum orientierten Paradigma – vielmehr wird ein Umlenken nach sozio-ökologischen und Gerechtigkeitskriterien befürwortet.⁸

Ich sehe unsere Petition im Kontext anderer Ereignisse, die in den vergangenen Monaten eine verstärkte Unzufriedenheit der Bürger mit dem Handeln der Politik, gleichzeitig aber ein verstärktes Bemühen der Bürger, der Politik ihre Sicht der Dinge nahe zu bringen – etwa über Volksabstimmungen in Bayern, Hamburg und Berlin, mit Demonstrationen in Gorleben und Stuttgart 21 sowie anderen, massenhaft mitgetragenen Petitionen.

Mit verantwortlich dafür ist, dass Bürger zunehmend den Eindruck gewinnen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg geschieht, dass die Politiker ihre Anliegen weder wahr- noch ernst nehmen und dass die Ereignisse vielleicht auch deshalb so langsam dahinplätschern.

Konkret im Fall unserer Petition ist dies die dritte Anhörung, die seit Erreichung des Quorums im Bundestag zu unseren Themen stattfindet, auch Plenardebatten, Aktuellen Stunden, schriftliche Anfragen und Stellungnahmen dazu sind inzwischen zahlreich OHNE dass man den Eindruck hat, dass endlich auch wirklich mal "was passiert"!

Konkret in unserem Fall wird vom Bürger erwartet,

- dass den eigentlich für die Finanzkrise verantwortlichen Akteuren wie international tätigen Privatbanken, Private Equity Fonds oder Hedgefonds endlich einmal ein nennenswerter Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgenkosten sowie Finanzierung der globalen Allgemeingüter abverlangt UND abgenommen werden kann.
- dass, wenn schon alles komplex und zeitintensiv ist, Deutschland wenigstens ein unwiderrufliches Signal aussendet, dass es auf dieses Ziel hinarbeitet. Etwa, indem der Deutsche Bundestag, in dem inzwischen 5 von 6 Parteien erkennbare Sympathien für eine Finanztransaktionssteuer haben, endlich durch einen Vorratsbeschluss kundtut: Deutschland ist zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer bereit, wenn andere Staaten in Europa mitziehen? Dies wäre ein starkes Signal von Europas einflussreichstem Mitgliedsstaat, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird!

Bundestag und Bundesregierung müssen beweisen, ob sie sich, mit anderen Regierungen Europas, weiter vom Druck Finanzlobby und ihrer Ideologen und Bedenkenträger ausbremsen lassen oder ob sie energisch eine Politik machen, die dem Willen der Bevölkerungsmehrheit entspricht und als gerecht angesehen werden kann und so auch dem sozialen Frieden nützt. Denn: Die Wut wächst in unserem Land über die unausgewogene Politik, die die Banken

⁸ Die zitierten Umfragen sind: Vgl. VENRO/Deine Stimme gegen Armut: Meinungsumfrage von TNS Infratest, Juni 2010, Volltext auf <http://bit.ly/umfrage2010a> sowie eine EMNID-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 19.8.2010, vgl. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_102799.htm

schont, aber Hartz-IV-Empfänger belastet. Und die Wut wächst weltweit auf die als egozentrisch empfundene Politik des Westens sowie Institutionen, die mit ihm in Verbindung gebracht werden.⁹

Zum Abschluss deshalb noch zwei Zitate: Zum einen aus der Nürnberger Erklärung zum Sparpaket der Bundesregierung mit dem Namen "Fair teilen statt sozial spalten", verfasst von den Nürnberger Kirchen und Gewerkschaften

"Wir sind empört darüber, dass unter dem Deckmantel der angeblichen 'Stärkung von Beschäftigungsanreizen und Neujustierung der Sozialleistungen' (Bundesregierung) gerade denen Verzicht abverlangt wird, die am meisten unter der Krise leiden und diese nicht verursacht haben... Mit den Maßnahmen wird erneut das solidarische Grundprinzip geschwächt, auf dem der soziale Friede in unserem Land beruht."

Zum zweiten das Zitat eines Bürgers, welches ich aus den vielen Zuschriften, die mich seit Beginn der Kampagne erreichten, herausgegriffen habe:

"Als ich von Freunden den Offenen Brief zur Finanztransaktionssteuer zugeschickt bekam, riss er mich aus meiner dumpfen resignierten Wut. So waren meine Gefühle angesichts der in meinen Augen himmelschreienden Ungerechtigkeit einerseits und dem Gefühl der Hilflosigkeit andererseits – nicht zuletzt wegen meiner mangelhaften Sachkenntnis in Sachen Finanzwesen. Ein diffuses, wenn auch heftiges Unbehagen hilft halt niemandem weiter. Und dann kommt dieser Brief - Auftakt zu einer Kampagne, die für mich leidenschaftlichen Einsatz für Gerechtigkeit, für die Armen, enormes persönliches Engagement vieler und profunde Sachkenntnis verbindet. Ganz, ganz herzlichen Dank allen Beteiligten! Das macht wirklich Mut und für mich war klar: da möchte ich mich einklinken mit den Mitteln, die ich habe."

Entsprechend mein Appell an Sie: Beweisen Sie der Öffentlichkeit, dass die Politik dem Wirken 'der Märkte' und seiner Agenten nicht hilflos ausgeliefert ist! Beweisen Sie der Öffentlichkeit, dass ihre Anliegen genauso ernst genommen und entschieden umgesetzt werden wie die der Hoteliers! Sicherlich ist die Finanztransaktionssteuer kein Allheilmittel für die Krisenkosten oder zur Verhinderung neuer Krisen. Aber es wäre ein wichtiges Symbol dafür, dass es der Politik gelingen kann, das Primat des Handelns gegenüber dem Finanzsektor auch in anderen Bereichen wieder durchzusetzen

Herzlichen Dank für diese Veranstaltung, herzlichen Dank für die Einladung, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die vorstehenden Ausführungen werden ausführlicher dargelegt und begründet in folgendem Vortrag:

Jörg Alt:

"Finanztransaktionssteuer oder Steuer gegen Armut? Was die Politik bedenken muss. Von der großen Bedeutung eines kleinen Symbols" Ethisch-moralische Diskussionsanstöße an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, 1.12.2010.

Zum Download eingestellt unter <http://www.joergalt.de/vortraege/2010.html>

⁹ Vgl. Ziegler, J. (2009) Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. Gütersloh, Bertelsmann